



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 10 vom 16.5.2012

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

- Rupert Graf Strachwitz: Bürgerengagement – ein Bürgerrecht
- BE und Daseinsvorsorge: Publikation

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Bundespräsident Gauck: Bürger, Teilhabe und Demokratie
- Bundeskanzlerin Merkel will Demografiestrategie diskutieren
- BAGSO: Ja zum Alter
- Extremismusklausel rechtswidrig
- Bundesfreiwilligendienst: Beirat konstituiert
- Kampf um Fördermittel: Online-Petition in NRW

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Leitbild des BBE
- Engagementpolitische Impulse des BBE
- Studie zum BBE und zum Nationalen Forum für Engagement und Partizipation
- Für eine neue Beteiligungs- und Engagementkultur im Netz
- Erstes Seminar der 14. Civil Academy in Bielefeld
- Praktikum Networking im BBE: Ausschreibung
- Praktikum bei Civil Academy: Ausschreibung

FACHDISKURS

- BE und Dialog der Generationen: DRK-Fachtagung

- Forschungsergebnisse Bundesfreiwilligendienst: Veranstaltung
- Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Veranstaltung
- BE und kommunale Entwicklungspolitik: Kongress
- Bildung ist mehr als Schule: Tagungsbericht
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

nach oben

Rupert Graf Strachwitz: Bürgerengagement – ein Bürgerrecht

Zehn Jahre BBE und Pionierarbeit im Feld des bürgerschaftlichen Engagements nimmt Rupert Graf Strachwitz zum Anlass, das Netzwerk in einen allgemeinen Kontext der Demokratieentwicklung zu stellen: »Bürgerschaftliches Engagement ist, so muss immer wieder betont werden, ein umfassendes Bürgerrecht und gehört damit zum politischen Handeln des Bürgers.« Aus dieser Perspektive wirft er einen kritischen Blick auf Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft von der Anfangszeit des BBE bis heute, die bürgerschaftliches Engagement eher als lästig und störend verstehen. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung des BBE sieht er Handlungsbedarf in den Feldern Organisationsentwicklung, rechtliche Struktur und zivilgesellschaftliche Eigenfinanzierung. Angesichts einer Welt, in der nicht einsam entscheidende Minister und Staatssekretäre erfolgreiche Politik gestalten, sondern nur vielfältige Netzwerke konkrete Fortschritte herbeiführen können, prognostiziert er dem BBE eine helle Zukunft.

Gastbeitrag Rupert Graf Strachwitz unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/nl10_strachwitz.pdf (146 kB)

nach oben

BE und Daseinsvorsorge: Publikation

Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge, das ist der Titel einer neuen Studie von Thomas Rübke, Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern. Sie ist erschienen als Nummer 38 in der Reihe »betrifft: bürgergesellschaft« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Rübke kritisiert die Engführung der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement auf »Verdienstleistung« und die zu enge Vorstellung von Daseinsvorsorge. Der Begriff der Daseinsvorsorge bedarf der Erweiterung um einen Fähigkeitenansatz. Dann lässt sich das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und Daseinsvorsorge sozialphilosophisch, (moral)ökonomisch, ordnungspolitisch und enga-

gumentpolitisch sowohl grundsätzlich als auch im Hinblick auf konkrete Aufgaben angemessen diskutieren.

Publikation unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/08956.pdf>

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

nach oben

Bundespräsident Gauck: Bürger, Teilhabe und Demokratie

Bei seinem Antrittsbesuch im Landtag in Baden-Württemberg hat Bundespräsident Joachim Gauck vor den Parlamentariern als Verantwortung tragenden, gewählten Bürgern im Parlament das Verhältnis zwischen Bürgerengagement, Teilhabe und Demokratie reflektiert. Er wünscht sich, dass engagierte Bürger in den demokratischen Institutionen kein fremdes Gegenüber sehen. Als innovativ würdigte er die Berufung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung.

Rede unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2012/04/41-1-bpr-antrittsbesuch.html?nn=392138>

nach oben

Bundeskanzlerin Merkel will Demografiestrategie diskutieren

Am 24. April 2012 stellte Bundeskanzlerin Merkel auf zwei Fachforen im Bundeskanzleramt die Demografiestrategie der Bundesregierung vor. Ein eigener, kürzerer Abschnitt ist dem bürgerschaftlichen Engagement gewidmet: »Mittelfristig wird die Entwicklung einer differenzierten, flächendeckenden Struktur der Förderung des Engagements insbesondere auch im Alter, der Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe angestrebt.« (S. 32) Als konkrete Bezugspunkte der Regierungsstrategie werden Genossenschaften und Zeitbanken, der Bundesfreiwilligendienst mit seiner Altersöffnung, die Mehrgenerationenhäuser II oder die geplante Vergabe eines Güte-Siegels zu r Vereinbarkeit von Beruf und Engagement angeführt.

Weitere Informationen und Strategiepapier unter <http://www.erfahrung-ist-zukunft.de/SharedDocs/DE/Artikel/Engagement/Erfahrung-weitergeben/20120427-demografiestrategie.html?nn=9500>

nach oben

BAGSO: Ja zum Alter

Zum Abschluss des 10. Deutschen Seniorentages haben die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen und ihre 110 Mitgliedsorganisationen am 5. Mai 2012 die »Hamburger Erklärung« veröffentlicht. Darin setzt sich die

BAGSO für ein selbstbestimmtes, aktives und engagiertes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In dieser Erklärung mit dem Titel »JA zum Alter!« spielt das bürgerschaftliche Engagement eine große Rolle. Angesichts der Tatsache, dass viele Menschen nach Ende der Berufstätigkeit ein weiteres Lebensviertel vor sich haben, kommt dem Engagement im familiären Umfeld wie auch dem bürgerschaftlichen Engagement für die Gesellschaft eine wichtige Rolle für ein selbstbestimmtes und aktives Älterwerden zu. Die Unterzeichner fordern die Politik auf, Rahmenbedingungen für ein engagiertes Alter zu schaffen. Zugleich warnen sie vor einer Instrumentalisierung des Engagements oder gar einer Verdrängung von Erwerbsarbeit.

Hamburger Erklärung unter

http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Positionen/2012/Hamburger_Erklaerung_BAGSO_10._Deutscher_Seniorentag.pdf

nach oben

Extremismusklausel rechtswidrig

Am 25. April 2012 verhandelte das Dresdner Verwaltungsgericht die Klage des »Alternativen Kultur- und Bildungszentrums Sächsische Schweiz e.V.« (AKuBiZ) gegen die sogenannte Extremismusklausel – mit dem Ergebnis, dass die offiziell »Demokratieerklärung« genannte Klausel rechtswidrig ist. Das Gericht rügt die Unbestimmtheit der Klausel: Die Forderung, dass der Empfänger von Fördergeldern seine Partner hinsichtlich ihrer Haltung zum Grundgesetz überprüfen soll, lasse offen, wer Partner ist und welches Verhalten vom Empfänger der Fördergelder konkret verlangt wird. Das Urteil wurde von den Fachpolitikern der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag begrüßt. Die SPD-Fraktion hat daraus die Konsequenz gezogen und einen Antrag zur sofortigen Abschaffung der Erklärung eingebracht (17/9558). Aus Sicht der SPD-Fraktion gefährdet die Extremismusklausel den gesellschaftlichen Kampf gegen den Rechtsextremismus. Der Antrag wurde am 10. Mai 2012 im Deutschen Bundestag in die Ausschüsse überwiesen.

Antrag der SPD-Bundestagsfraktion unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/095/1709558.pdf>

nach oben

Bundesfreiwilligendienst: Beirat konstituiert

Nach knapp einem Jahr hat sich der im Bundesfreiwilligendienstgesetz § 15 vorgesehene Beirat des Bundesfreiwilligendienstes am 9. Mai 2012 konstituiert. Abgesehen von bisher fehlenden Vertretern der Bundesfreiwilligen selbst ist die maximale Anzahl an vorgesehenen Repräsentanten von Institutionen berufen worden. Arbeitgeber und Gewerkschaften: Christina Ramb (BDA) und Florian Hagenmiller (DGB); Kirchen: Michael Bergmann (Deutsche Bischofskonferenz) und Cornelia Coenen-Marx (EKD); Ländervertreter: Dr. Monika Vierheilig (Ba-

Wü), Dr. Stephan Hölz (Hessen), Reinhard Teuber (Nds.) und Andrea Hankeln (NRW); Kommunale Spitzenverbände (Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände); Zentralstellen: Susanne Rindt (AWO), Kerstin Hübner (bkj), Matthias Betz (DRK), Rainer Hub (Ev. FWD), Hartmut Brombach (Internationaler Bund), Sabine Ulonska (Malteser) und Ralf Schulte (NABU). Der Beirat berät das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Fragen des Bundesfreiwilligendienstes. Er wird vom Ministerium berufen.

Weitere Informationen unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/freiwilliges-engagement,did=186238.html?view=renderPrint>

nach oben

Kampf um Fördermittel: Online-Petition in NRW

In vielen Gegenden Deutschlands gäbe es ohne tragendes und leitendes bürgerschaftliches Engagement im Bibliothekswesen keine lokale Bibliotheksversorgung. Projektmittel werden aber in NRW nur an Bibliotheken bewilligt, die über eine hauptamtliche Leitung mit mindestens 50 Prozent Beschäftigungsumfang verfügen. Auch wenn ehrenamtlich geführte Bibliotheken alle anderen verlangten Kriterien wie tägliche Öffnungszeiten, hoch qualifiziertes Personal usw. erfüllen, werden sie bei der Vergabe von Fördermitteln nicht berücksichtigt. Deshalb haben die Katholischen Öffentlichen Büchereien eine Online-Petition an den Landtag gestartet, um diesen Ausschluss von der Vergabe von Projektmitteln für innovative Projekte abzuschaffen. Die Petition kann noch bis zum 29. Mai 2012 unterzeichnet und kommentiert werden.

Weitere Informationen unter <http://www.openpetition.de/petition/online/zugang-von-ehrenamtlich-gefuehrten-bibliotheken-zu-foerdermitteln-in-nrw>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Leitbild des BBE

Im Jahr 2010 begannen die Diskussionen um ein Leitbild für das BBE. Hintergrund waren Konflikte, die auf unterschiedlichen Vorstellungen der Aufgaben, Chancen und Grenzen eines bundesweiten, trisektoralen Netzwerks beruhten. Die Mitgliederversammlung nahm am 9. Dezember 2011 den Leitbildentwurf mit der Maßgabe an, dass der Koordinierungsausschuss letzte Modifizierungen vornimmt. Dieser Prozess ist jetzt abgeschlossen. Das Leitbild fängt mit einem Rückblick auf das Fundament des BBE an, formuliert das Selbstverständnis und die Arbeitsweise als Netzwerk und widmet sich den künftigen Aufgaben für das BBE. Dabei werden Problemlagen und Herausforderungen formuliert, auf die das BBE reagieren wird. Dazu gehören die Grauzone zwischen Engagement und Erwerbsarbeit,

die stärkere Einbeziehung engagementferner Gruppen und die Veränderung nach wie vor bestehender geschlechtsspezifischer Hierarchisierungen im Engagement.

Leitbild unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/nl10_leitbild.pdf (109 kB)

nach oben

Engagementpolitische Impulse des BBE

Als die Bundesregierung am 6. Oktober 2010 ihre engagementpolitische Strategie verabschiedete, wurde klar, dass der vom BBE im Rahmen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation organisierte breite zivilgesellschaftliche Diskussionsprozess darin kaum Eingang gefunden hatte. In Reaktion darauf und auf die Übernahme der Steuerung des weiteren engagementstrategischen Beratungsprozesses durch das BMFSFJ begann die Arbeit an der Formulierung von engagementpolitischen Impulsen des BBE. Sie sollen eine offene und fruchtbare Diskussion über künftige Aufgaben der Engagementpolitik voranbringen und stellen einen breiten Konsens im BBE dar. Die Mitgliederversammlung nahm am 9. Dezember 2011 die engagementpolitischen Impulse mit der Maßgabe an, dass der Koordinierungsausschuss letzte Modifizierungen vornimmt. Dieser Prozess ist jetzt abgeschlossen.

Engagementpolitische Impulse unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/nl10_impulse.pdf (86 kB)

nach oben

Studie zum BBE und zum Nationalen Forum für Engagement und Partizipation

In der Reihe »opusculum« des Maecenata-Instituts ist eine Abhandlung von Daniela Neumann zum BBE und zum Nationalen Forum für Engagement und Partizipation (NFEP) erschienen, die zuvor im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) als Vortrag gehalten wurde. Es handelt sich dabei um eine erste wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem BBE. Im Mittelpunkt steht die Kritik einer Sicht von Engagement als Ressource und eines von Angebot und Nachfrage bestimmten Engagementmarktes. Im BBE wurde dieser Ansatz von Beginn an in kritischer Absicht als »Rekrutierungsansatz« bezeichnet. In diesem Diskurs, so die Autorin, bleiben Partizipationsansprüche des Engagements unterbelichtet und bei seiner Entstehung und Umsetzung kommen zunehmend starke staatliche top-down-Steuerungsinteressen zum Tragen. Die Studie leuchtet die Entwicklung des »Markt«-Diskurses der Engagementförderung seit der rot-grünen Bundesregierung aus und sieht im BBE und dem bis 2010 von ihm durchgeführten NFEP Belege dafür. Die Studie zitiert aus dem Forumsprozess aber auch kritische Stimmen gegenüber der im Oktober 2010 von der Bundesregierung formulierten Engagementstrategie. Die Studie unternimmt jedoch keinen Vergleich der Regierungsstrategie mit den Empfehlungen des NFEP. Diese Empfehlungen wie auch

der engagementpolitische Diskurs des BBE werden nicht analysiert und allzu umstandslos mit der Regierungsstrategie kurzgeschlossen. In NFEP und im BBE werden der »Eigensinn« des Engagements und der Zusammenhang von Engagement und Partizipation sowie die Notwendigkeit des partizipativen Einbezugs zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Entwicklung einer engagementpolitischen Strategie betont. Erst vor diesem Hintergrund werden nicht nur die Risiken, sondern auch die Chancen eines engagementpolitischen Diskurses hinreichend deutlich.

Studie unter http://www.institut.maecenata.eu/resources/1204_op57.pdf

nach oben

Für eine neue Beteiligungs- und Engagementkultur im Netz

Der Sprecherrat des BBE hat im Mai 2012 »Handlungsempfehlungen für eine neue Beteiligungs- und Engagementkultur im Netz« beschlossen. Diese Empfehlungen werden als Impuls in die Arbeit der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des 17. Deutschen Bundestages eingebracht. Das Papier zielt darauf ab, die Gestaltung von Netzpolitik in Verbindung mit Engagementpolitik zu betrachten, d.h. unter besonderer Berücksichtigung der Förderung von Bürgerengagement und politischer Partizipation. Dabei geht der Sprecherrat davon aus, dass das Internet nicht nur eine besonders geeignete Infrastruktur für die (Selbst-) Organisation bürgerschaftlichen Engagements darstellt, sondern auch über die gleichen Wesensmerkmale verfügt, nämlich Selbstverantwortung, Eigensinn, Aktivität und Mitgestaltung. Bei der Erstellung des Papiers hat die Unter-Arbeitsgruppe Internet der AG Öffentlichkeitsarbeit des BBE unter Federführung von Hannsjörg Sippel (Stiftung MITARBEIT) und Uwe Amrhein (Stiftung Bürgermut) maßgeblich mitgewirkt.

Handlungsempfehlungen unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/nl10_empfehlungen.pdf (155 kB)

nach oben

Erstes Seminar der 14. Civil Academy in Bielefeld

Wie plane und organisiere ich mein soziales Projekt und welche Kosten muss ich einkalkulieren? Mit diesen Fragen beschäftigten sich vom 11. bis 13. Mai 24 frisch gebackene Teilnehmer auf der ersten von drei Seminareinheiten der »Civil Academy«. In Bielefeld-Sennestadt trafen die engagierten jungen Erwachsenen das erste Mal aufeinander, um ihre Projektideen vorzustellen. Zu Themen wie Zielsetzung und Zeitmanagement führte ein Tandemteam aus Dozenten von BP und aus dem social-Profit-Bereich durch das Programm. Hierbei standen auch folgende Fragen im Zentrum: Welche Rechtsform ist für mein Projekt die geeignete und was habe ich bei der Entscheidung für meinen Projektnamen zu beachten? Abgerundet wurde das Programm durch einen Kaminabend mit Bojana Pajic-Rickerts, Leiterin für die langfristigen Projekte der Stiftung »Schüler Helfen Leben«, die die theoretischen Fragestellungen des Seminars mit Hilfe ihrer Pra-

xiserfahrung beantwortete. Die zweite Seminareinheit wird im Juni in Willebadesen stattfinden und die Themen Teamentwicklung, Fundraising- und Finanzierungskonzepte behandeln.

nach oben

Praktikum Networking im BBE: Ausschreibung

Das BBE sucht ab 1. Juni 2012 für den Zeitraum von sechs Monaten eine Praktikantin bzw. einen Praktikanten in Vollzeit für den Bereich Netzwerkbetreuung. Zu den Tätigkeitsbereichen gehören insbesondere die Mitwirkung bei der Betreuung der Arbeitsgruppen, Recherchetätigkeiten und die Unterstützung der Betreuung der Facebook-Seite des BBE. Weitere Aufgaben sind die Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, Projekten und Gremiensitzungen des BBE sowie die Unterstützung der allgemeinen Geschäftsstellentätigkeit. Das Praktikum gibt intensive Einblicke in modernes Netzwerkmanagement und wird mit 400 Euro im Monat (Minijob) vergütet. Ihre Bewerbung richten Sie bitte schriftlich oder per E-Mail bis spätestens 23. Mai 2012 an die BBE-Geschäftsstelle.

Ausschreibung unter http://www.b-b-e.de/index.php?id=aktuelles_meldung&L=%2Findex.php%3Fpg%3D&tx_ttnews%5Btt_news%5D=18898&tx_ttnews%5BbackPid%5D=199&cHash=7dd7a6d12f4e7777903de3ce37d7882a

nach oben

Praktikum bei Civil Academy: Ausschreibung

Die Civil Academy sucht ab 1. Juli 2012 für den Zeitraum von sechs Monaten eine Praktikantin bzw. einen Praktikanten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit / Veranstaltungsmanagement (32-39 Stunden pro Woche). Die »Civil Academy« ist ein gemeinsames Programm von BBE und BP Europa SE. Zu den Tätigkeiten im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gehören u.a. das Verfassen von Ausschreibungstexten und Newslettermeldungen, das Erstellen und die Pflege von Ausschreibungs- und Presseverteiltern, die Pflege der Website und die Umsetzung von Versandaktionen. Beim Veranstaltungsmanagement geht es insbesondere um die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung von Seminaren und Veranstaltungen, um Recherchearbeiten z.B. zu Tagungshäusern und Referent/innen und um die administrative Unterstützung des Projektbüros. Das Praktikum wird je nach Stundenumfang mit bis zu 400 Euro im Monat (Minijob) vergütet. Ihre Bewerbung richten Sie bitte schriftlich oder per E-Mail bis spätestens 23. Mai 2012 an Jana Kellermann, Projektleiterin der Civil Academy.

Ausschreibung unter [http://www.b-b-e.de/index.php?id=aktuelles_meldung&tx_ttnews\[tt_news\]=18899&tx_ttnews\[backPid\]=199&cHash=fd5d59f3808d906cc7b6e15b1ab695d3](http://www.b-b-e.de/index.php?id=aktuelles_meldung&tx_ttnews[tt_news]=18899&tx_ttnews[backPid]=199&cHash=fd5d59f3808d906cc7b6e15b1ab695d3)

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

BE und Dialog der Generationen: DRK-Fachtagung

Am 8. Juni 2012 findet in der Hessischen Landesvertretung in Berlin eine Fachtagung des Deutschen Roten Kreuzes zur Rolle des bürgerschaftlichen Engagements beim Dialog der Generationen statt. Die Fachtagung soll Entwicklungsmöglichkeiten für Engagement zwischen den Generationen aus bürgerschaftlicher Perspektive in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe aufzeigen. Neben grundsätzlichen Impulsvorträgen werden Projekte aus unterschiedlichen Bereichen vorgestellt, die Kontaktfähigkeit, Toleranz und Gemeinschaftsfähigkeit zwischen den Generationen fördern.

Weitere Informationen unter

http://www.generationendialog.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=1347&Itemid=31

nach oben

Forschungsergebnisse Bundesfreiwilligendienst: Veranstaltung

Am 1. Juli feiert der Bundesfreiwilligendienst (BFD) seinen ersten Geburtstag. Anlass für die Veranstaltung: »Das Richtige getan? Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesfreiwilligendienstes«. Das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Universität Heidelberg und die Hertie School of Governance stellen die Ergebnisse ihrer Begleitforschung zum BFD am 12. Juni von 12 bis 14 Uhr, in der Hertie School of Governance in Berlin vor. Dr. Jens Kreuter (BMFSFJ), Sönke Rix (MdB) und Dr. Gerhard Timm (BAGFW) kommentieren die Ergebnisse. Anschließend diskutieren das Publikum und die anwesenden Bundesfreiwilligen über den Dienst.

Weitere Informationen unter http://www.csi.uni-heidelberg.de/einladung_bfd.pdf

nach oben

Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Veranstaltung

Am 14. Juni 2012 findet in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin eine Veranstaltung zur Realität und Zukunft von Bürgerbeteiligung statt: »Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Gesellschaftliche Veränderungen und wirtschaftliche Verantwortung«. Dort werden Erfahrungen aus Modellprojekten vorgestellt und diskutiert, wobei insbesondere auch Bewertungen zu verstärkter Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren aus Unternehmenssicht einbezogen werden. Eröffnet wird die Veranstaltung von Ministerpräsident Kurt Beck. Anmeldefrist ist der 8. Juni 2012. Veranstalter ist die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP), die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, ist dabei Kooperationspartner.

Flyer unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/nl10_flyer.pdf (2 MB)

BE und kommunale Entwicklungspolitik: Kongress

Zum zwölften Mal seit 1988 findet die Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen statt. Kommunen sind wichtige Partner und Adressaten der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Sie können Zugänge zu den unterschiedlichen Gruppen der Zivilgesellschaft eröffnen und einen wichtigen Beitrag leisten, die in der »Eine Welt Arbeit« engagierten Nichtregierungsorganisationen, Initiativen und Gruppen zu vernetzen. Im Zentrum der Konferenz steht die Frage nach der kommunalen Engagementbasis für Entwicklungszusammenarbeit, nach alten und neuen Engagierten und nach den unterschiedlichen Formen, Problemen, Hintergründen und Gesichtern dieses Engagements. Die Konferenz findet vom 14. bis 16. Juni 2012 in Mainz im Kurfürstlichen Schloss statt.

Weitere Informationen unter <http://www.service-eine-welt.de/bundeskonferenzen/bundeskonferenzen-programm2012.html>

nach oben

Bildung ist mehr als Schule: Tagungsbericht

Am 19. und 20. April 2012 fand in Berlin eine zweitägige Konferenz zum Thema »Bildung ist mehr als Schule« statt, organisiert vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Thema war der mittlerweile aus dem Blick geratene Wert der nicht- und außerschulischen Bildung und Wertevermittlung in der kirchlichen Jugendarbeit und in Sportvereinen. Diskutiert wurde über die Bildungspotenziale bürgerschaftlichen Engagements, die Integration durch Sport, die kirchliche Jugendarbeit als Grundlage politischen Engagements und weitere Dimensionen nicht PISA-fähiger Bildung und Persönlichkeitsentwicklung. Der Tagungsbericht von Klaus Weise ist in Nr. 17 von DOSB - Sport bewegt! am 24. April 2012 erschienen.

Tagungsbericht unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/nl10_tagungsbericht.pdf (46 kB)

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 7. Juni 2012. Redaktionsschluss ist der 31. Mai 2012. Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die im Newsletter verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dipl.-Pol. Johanna Neuling und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Dieser Newsletter wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags, und von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle –

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

[Hinweis](#)

Gefördert von:



Gefördert vom:

